

Bernd Posselt

EUROPÄISCHER BRIEF VOM 10.1.2012

Krieg der Worthülsen

LETTRE EUROPÉENNE DU 10.1.2012

Guerre des Mots vids de sens

EUROPEAN LETTER OF THE 10.1.2012

A war of hollow words



DAS PROJEKT EUROPA SICHERN — ASSURER LE PROJET EUROPE — GUARANTEE THE PROJECT EUROPE

KOMMENTARE AN – COMMENTAIRE Á – COMMENTS TO

EUROPEAN-SOCIETY COUDENHOVE-KALERGI
Lichtenfelsgasse 7, A-1010 Wien, Tel +43-1-40126-324, Fax +32-1-40126-369
es-ck@european-society-coudenhove-kalergi.org

Krieg der Worthülsen

Bernd Posselt MdEP, Präsident der Paneuropa-Union Deutschland

Nach wie vor gilt es immer noch als provokante Idee, von den „Vereinigten Staaten von Europa“ zu sprechen. Es herrscht ein regelrechter Krieg der Schlagworte oder besser der Worthülsen, die da lauten: Staatenbund, Bundesstaat, Staatenverbund, Europa der Vaterländer bzw. der Nationalstaaten und Europa der Regionen.

„Europäischer Bundesstaat“ war schon einmal in den Parteiprogrammen von CDU und SPD verankert. Bedenken wurden angemeldet und eine Beschränkung auf einen Staatenbund gefordert. Als Modell wurde die Habsburgermonarchie mit kultureller Vielfalt, aber einer gemeinsamen Regierung, einem gemeinsamen Parlament und einer gemeinsamen Armee gefordert. Churchills Idee für einen Europäischen Bundesstaat wurde entgegnet, sie leugne durch Imitation der USA die nationalstaatlichen Traditionen und kulturellen Unterschiede in Europa.

Die tiefe emotionale Ablehnung eines europäischen Einheitsbundes oder bürokratischen Zentralismus durch die Mehrheit der Europäer hat den Begriff „Vereinigte Staaten von Europa“ viel von seiner ursprünglichen Popularität genommen, ohne dass dessen Kernanliegen, die Schaffung einer starken weltweit durchsetzungsfähigen politischen Einheit mit handlungsfähigen demokratischen Strukturen an Anziehungskraft verloren hätte.

Sympathisch klingt für viele das Wort vom "Europa der Vaterländer", weil es die Verschiedenheiten zu respektieren und gleichzeitig dem Wunsch nach Einheit zu genügen scheint. Doch der Vater dieses Konzeptes - nicht, wie oft behauptet, General Charles de Gaulle, sondern sein nationalistischer Flügelmann Michel Debré - verstand darunter lediglich einen Kontinent mit loser, von Fall zu Fall verabredeter zwischenstaatlicher Zusammenarbeit. Selbst de Gaulle korrigierte ihn, indem er Europa zum "Vaterland der Vaterländer" proklamierte - ohne allerdings weit über eine intergouvernementale Kooperation hinauszuwollen.

Heute erleben wir, dass in der öffentlichen Diskussion das "Europa der Nationalstaaten" und das "Europa der Regionen" nahezu gleichgesetzt werden. Dabei bilden sie eigentlich einen Gegensatz. Ersteres geht von einer Souveränitätstheorie aus, die sich in Frankreich vom Staatsphilosophen der Bourbonenkönige, Jean Bodin, bis zu den Jakobinern herausbildete und im 19. und 20. Jahrhundert mit teilweise unheilvollen Folgen auf Mitteleuropa übertragen wurde. Letzteres meint entweder eine staatliche Einheit Europas, die in starke Regionen untergliedert ist, oder das Prinzip der geteilten Souveränität, wie es in der Adenauer-Ära - tief in der mittelalterlichen Tradition des Heiligen Römischen Reiches wurzelnd - entwickelt wurde. In der Bayerischen Verfassung etwa ist vom bayerischen Volk und von bayerischer Staatlichkeit die Rede, im deutschen Grundgesetz werden dieselben Begriffe mit dem Attribut "deutsch" belegt. Der Widerspruch zwischen beiden wird föderalistisch aufgehoben - weshalb es Deutschen kein Problem bereiten sollte, auch noch eine dritte staatliche Ebene, nämlich die europäische, hinzuzudenken.

Coudenhove-Kalergi schrieb 1971 in seinem Buch "Weltmacht Europa", "In Deutschland weiß jedes Kind, dass man zugleich bayerischer und deutscher Patriot sein kann, dass in Deutschland die Souveränität zwischen dem Bund und den Ländern aufgeteilt ist." Ein sich darüber wölbender europäischer Bundesstaat sei nur die logische Fortsetzung dieses föderalistischen Prinzips. Lange Zeit taten sich andere Nationen sehr schwer mit dieser Idee, die als typisch deutsch, mitteleuropäisch, österreichisch oder schweizerisch galt. Heute wird ausgerechnet im alten Kerngebiet des Föderalismus zunehmend jakobinisch-zentralistisch argumentiert, während Franzosen und Polen beginnen, der Mehrstufigkeit Region-Nation-Europa etwas abzugewinnen.

Die heutige EU ist auf manchen Gebieten bereits bundesstaatlich, auf anderen staatenbündisch organisiert. Institutionengefüge und Kompetenzverteilung kritisch zu hinterfragen kann durchaus nützlich sein. Zweierlei jedoch sollten die Europäer tunlichst vermeiden: zu glauben, das Einigungswerk sei bereits an seinem Endpunkt angelangt, oder zur intergouvernementalen Zusammenarbeit zurückzukehren, wie sie in den siebziger Jahren schon mit nur neun Mitgliedstaaten gescheitert ist und bei 27 zu einem völligen Mangel an Demokratie, Transparenz und Effizienz führen müsste. Zur sachgerechten Kompetenzaufteilung gehört nämlich auch, dass jede Zuständigkeit auf der Ebene, auf der sie sinnvollerweise angesiedelt ist, von demokratisch legitimierten Organen ausgeübt wird. Dies kann in der EU nur eine vom Europaparlament gewählte und kontrollierte Exekutive sein, denn 27 nationale oder hunderte von regionalen Parlamenten würde die Zentralbürokratie einfach gegeneinander ausspielen, ohne dass Volksvertreter ein entsprechendes Gegengewicht bilden könnten.

Deshalb ist es höchste Zeit, dass die Parlamente aller drei Ebenen ihre Rivalität beenden. Die vielfachen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sind weder durch eine europäische noch durch eine nationale Allzuständigkeit zu bewältigen, sondern nur durch den konsequenten Weiterbau an einer dezentralisierten und vielfältigen, aber gleichzeitig durchsetzungsstarken Föderation der Völker und Volksgruppen, Staaten und Regionen in Europa.

Erklärung zu den „Europäischen Briefen“:

Die "Europäischen Briefe" werden von der Coudenhove-Kalergi Gesellschaft herausgegeben. Sie erscheinen fallweise mit Beiträgen engagierter Europäer und Europäerinnen.

Richard Coudenhove-Kalergi, mit Wurzeln in mehreren europäischen Ländern, hat bald nach Ende des Ersten Weltkriegs als Gegengewicht zu den totalitären Versuchungen von Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus die Idee eines vereinten Europas entwickelt, 1923 die Paneuropa-Union gegründet und mit seinen Initiativen maßgeblich zur Schaffung des Europa-Rates 1949 beigetragen. Heute ist die Europäische Union die politische und wirtschaftliche Verwirklichung des europäischen Friedensprojektes.

Die 1978 mit dem Sitz in Genf gegründete Coudenhove-Kalergi-Stiftung wurde formell in die Europa-Gesellschaft Coudenhove-Kalergi umgewandelt und will durch Publikationen, Studienprojekte und Förderungspreise einen Beitrag zur Sicherung dieses Vorhabens leisten.

Dr. Alois Mock, Präsident der Europa-Gesellschaft Coudenhove-Kalergi

SPONSOREN

Senator DDr. Herbert Batliner
Bankhaus Schelhammer & Schattera
Mondi Gruppe Wien
Novomatic AG
Österreichische Elektrizitätswirtschafts AG - Verbund
Österreichische Nationalbank
Raiffeisen Landesbank Oberösterreich
Josef Umdasch AG
Stadt Nancy
Vienna Insurance Group

Guerre des Mots vides de sens

Bernd Posselt MdEP, Président de l'Union Paneuropéenne Allemagne

Parler des „Etats Unis de l'Europe“ est toujours considéré comme une idée provocante. Il y a une véritable guerre de mots ou plutôt de mots vides de sens tels Confédération d'États, Etat fédéral, Associations d'Etats, Europe des Patries ou Etats Nationaux et Europe des Régions.

Le nom “Etat fédéral européen“ avait déjà été ancré dans les programmes de la CDU et du SPD, mais cette expression suscita des réserves et on demanda une limitation à une “Fédération des Etats”. C'est la monarchie des Habsbourg avec sa diversité culturelle, mais son gouvernement, son parlement et son armée communs qui servit de modèle. On reprocha au concept d'Etat fédéral Européen, développé par Churchill, de nier les traditions et les différences culturelles de l'Europe en imitant les Etats Unis.

La forte réaction émotionnelle de la majorité des Européens, qui refuse une uniformisation de l'Europe ou un centralisme bureaucratique, a fait perdre une grande partie de sa popularité initiale à l'idée des “Etats Unis d'Europe”, sans que son objectif principal, la création d'une unité politique forte ayant de l'influence mondiale et des structures démocratiques efficaces, ait pour autant perdu de son attrait.

Le terme “Europe des patries” plaît à beaucoup puisqu'il semble respecter les diversités tout en répondant au désir d'unité. Mais le père de cette idée, non le Général de Gaulle comme on le prétend souvent, mais son ailier nationaliste, Michel Debré, n'y voyait qu'une collaboration occasionnelle entre les Etats. Même de Gaulle le corrigea, en proclamant l'Europe “Patrie des patries”, sans vouloir pour autant aller beaucoup plus loin qu'une simple coopération intergouvernementale.

Aujourd'hui „l'Europe des Etats nationaux“ et “l'Europe des régions“ sont utilisés de manière presque identique dans le discours public. Mais elles sont en fait antagonistes. L'Europe des Etats nationaux part d'une théorie de la souveraineté qui se développa en France à partir de Jean Bodin, philosophe des Bourbons, jusqu'aux Jacobins et qui fut transposée aux 19e et 20e siècles à l'Europe centrale, avec des conséquences en partie désastreuses. En revanche, l'Europe des régions signifie soit une entité étatique d'Europe subdivisée en régions puissantes, soit le principe de souveraineté partagée telle qu'elle se développa durant l'ère Adenauer, profondément enracinée dans la tradition du Saint Empire Romain du Moyen-Age. Dans la constitution bavaroise par exemple, il est question du peuple bavarois et de l'Etat bavarois, dans la “Loi fondamentale” allemande, les deux notions sont accompagnées de l'attribut “allemand”. La contradiction entre les deux est neutralisée au niveau fédéral, aussi les Allemands ne devraient-ils pas avoir de problème à imaginer encore un troisième niveau étatique, à savoir le niveau européen.

En 1971, Coudenhove-Kalergi écrivit dans son livre “Europe, puissance mondiale”: “En Allemagne tout enfant sait qu'on peut être à la fois patriote bavarois et allemand et que la souveraineté est répartie entre l'Etat fédéral et les Länder. Un Etat fédéral européen qui coifferait le tout ne serait qu'une suite logique de ce principe fédéraliste. Pendant longtemps, les autres nations eurent beaucoup de mal à se faire à cette idée considérée comme typiquement allemande, autrichienne ou

suisse. Aujourd'hui, c'est précisément dans ces pays-clés du fédéralisme que l'on avance cette argumentation jacobine centraliste, tandis que les Français et les Polonais commencent à accepter un modèle pluri-niveaux : région-nation-Europe.

L'Union européenne actuelle est déjà organisée comme un état fédéral dans certains domaines et comme une confédération d'états dans d'autres. Il peut être tout à fait utile de mettre en question la structure institutionnelle et la répartition des compétences. Mais les Européens devraient à tout prix éviter deux choses: d'une part de croire que l'unification est déjà accomplie et, d'autre part, de revenir à une coopération intergouvernementale comme celle qui avait déjà échoué dans les années 70 avec neuf membres seulement et qui aboutirait inévitablement, avec 27, à un manque total de démocratie, de transparence et d'efficacité. Pour répartir les compétences efficacement, il faut que chacune soit exercée, au niveau où il est normal qu'elle se situe, par des organes légitimés démocratiquement. Dans l'UE, ceci ne peut être qu'un pouvoir exécutif élu et contrôlé car la bureaucratie centralisée ne ferait que jouer les uns contre les autres les 27 parlements nationaux ou des centaines de parlements régionaux sans que les représentants du peuple puissent exercer le contre-poids nécessaire.

C'est pourquoi il est grand temps que les parlements des trois niveaux cessent de rivaliser entre eux. Les multiples défis du 21e siècle ne pourront pas être surmontés par une omniscience européenne ou nationale, mais uniquement par le développement systématique d'une fédération décentralisée et diversifiée, mais aussi capable de s'imposer, des peuples et groupes de peuples, des Etats et des régions d'Europe.

Explication aux "Lettres Européennes" :

Les "Lettres Européennes" sont éditées par la Société Coudenhove-Kalergi. Elles comportent le cas échéant les contributions d'Européennes et d'Européens engagés.

Richard Coudenhove-Kalergi, avec des racines dans plusieurs pays européens, a développé dès la fin de la première guerre mondiale le projet d'une Europe unie comme contre-poids aux tentatives totalitaires du fascisme, du national-socialisme et du communisme. Il a créé l'Union paneuropéenne en 1923 et ses initiatives ont contribué de manière déterminante à la constitution du Conseil de l'Europe en 1949. Aujourd'hui, l'Union européenne est la concrétisation politique et économique du projet de paix européen.

La Société Européenne Coudenhove-Kalergi, créée comme Fondation en 1978, veut contribuer à la consolidation de ce dessein au moyen de publications, de projets d'études et par la remise de prix.

Alois Mock, Président de la Société Européenne Coudenhove-Kalergi

SPONSOREN

Banque Nationale d'Autriche
Sénateur Herbert Batliner, DDR.
Banque Schelhammer & Schattera
Mondi Groupe Vienne
La ville de Nancy
Novomatic SA
Raiffeisen Banque Regional de Haute-Autriche
Association des Centrales Électriques d'Autriche – Verbund SA
Josef Umdasch SA
Vienna Insurance Group SA

EUROPEAN LETTERS OF THE ES-CK – EUROPEAN SOCIETY COUDENHOVE-KALERGI

A war of hollow words

Bernd Posselt, Member of European Parliament, President of Paneuropa Germany

Speaking of the United States of Europe is still considered to raise a rather provocative idea. There is a sort of war of catchwords or better of hollow words such as Union, Federation, Europe des Patries, Europe of National States and Europe of the Regions.

“European Union” has already once been implemented in the party programs as well of CDU as of SPD. Afterwards reservations have been made and a reduction to “European Federal States” has been asked for. The former Habsburg Monarchy was suggested to be a convenient example, with all its cultural diversity, but common government, common parliament and a joint army. Objections against Churchills idea of an European Union were raised, based on the argument that this would create only a copy of the United States of America and neglect national traditions as well as cultural differences in Europe.

A majority of Europeans shows deep emotional reservations against what they fear to end in uniformity and bureaucratic centralism. This has taken away a lot from the former popularity of the slogan phrasing the “United States of Europe”. On the other hand, the hard core of the idea behind, to create a strong and worldwide effective political entity with empowered democratic structures, has lost nothing of its attractiveness.

For quite a few the concept of a “Europe des Patries” sounds good. It seems to respect the differences and at the same time to meet the desire for unity. But the father of this concept – not General de Gaulle, as generally assumed, but Michel Debre, representative of the right wing of De Gaulles movement – intended with this concept not more than a continent with not too close interstate cooperation, to be agreed upon from time to time. De Gaulle himself amended this concept by declaring Europe to be a “Patrie des Patries” , wishing not much more than Cooperation between autonomous governments.

Today we have to recognize, that in the public discussion a “Europe of national states” and a “Europe of Regions” is considered to be pretty much the same. But basically both are rather contrarian. The first phrase is based on a theory of sovereignty, which was elaborated in France, firstly by Jean Bodin, philosopher of the Bourbon kings, furthermore by the Jacobins, and transferred in the 19th and 20th century to Central Europe, with rather disastrous consequences. The latter slogan was meant either as the political integration of a Europe structured by Regions, or as the principle of shared sovereignty, as it was developed in the era of Adenauer, but deeply rooted in ancient traditions of the Holy Roman Empire. In the Bavarian constitution the Bavarian people and the bavarian statehood are equally mentioned. In the German constitution the same terms are referred to as German. These discrepancies are offset by a federal organization. Therefore it should be no fundamental problem at least for the Germans to accept a third – European – level of constitution. In his book “World Power Europe” Coudenhove Kalergi wrote:1971: “In Germany every child knows that one can be German and Bavarian patriot at the same time, and that in

Germany sovereignty is shared between the state and the federal countries.” A European Federation embracing both would be a logical consequence of this federalist principle. Some time ago nations had their problems with this concept, considered to be typically German, or Central European, or Austrian, or Swiss. Today exactly these old core regions of federalism begin to consider more centralism, while French and Poles now start to see something attractive in the idea of the different levels region – nation – Europe.

The Europe of today is presently organized in some parts in a more centralized way, in some others in a more federalist form. It might be deserving to examine critically the present structure of institutions and the way competencies are shared. Anyway Europeans should not believe that the procedure of unification already has been completed. And they should avoid to return to mere intergovernmental cooperation. This has not worked with only 9 members in the seventies of the last century. With 27 members this would bring only a total lack of efficiency, and also less democracy and transparency. An adequate share of competencies should imply, that every authority and competence in which area ever is controlled by institutions who have a democratic legitimation. In the European Union this can only mean an executive organ nominated and controlled by the European Parliament. 27 national or hundreds of regional parliaments would only complicate the activities of the central institutions, without representatives of the people as a countervailing power

So there is an urgent need the parliaments of all three levels should end their rivalries. The manifold challenges of the 21st century cannot be met by European or national authorities alone, but only by continuing the construction of a decentralized and diversified, but nonetheless efficient federation of nations and people, states and regions in Europe.

Comment on the “European Letters”:

The “European Letters” are published by the Coudenhove-Kalergi Society. They appear on an ad hoc basis with contributions written by dedicated Europeans.

Richard Coudenhove-Kalergi, with roots in different European countries, developed the idea of a united Europe as a counterbalance to the totalitarian temptations of fascism, National Socialism and communism soon after World War I. He founded the Paneuropa-Union in 1923 and contributed to the founding of the Council of Europe in 1949. The present European Union was a result of the political and economic realisation of the European peace project.

The European Society Coudenhove-Kalergi, established as a Foundation in 1978, is dedicated to ensuring the success of this unique project by means of publications, study projects and granting of awards.

Alois Mock, President of the European Society Coudenhove-Kalergi

SPONSOREN

Austrian National Bank
Senator Herbert Batliner, DDr.
Bank Schelhammer & Schattera
The City of Nancy
Mondi Group Vienna
Novomatic Corp.
Raiffeien Regional Bank Upper Austria
Austrian Association of Power Stations – Verbund Corp.
Josef Umdasch Corp.
Vienna Insurance Group Corp.